

Mehr internationale Unterstützung für Tibet ist nötig

von Eva Herzer

Unter der außerordentlichen Führung S. H. des 14. Dalai Lama führt das tibetische Volk seit 49 Jahren einen verzweifelten, gewaltlosen Kampf mit dem Ziel, seine Freiheit wiederzuerlangen. Die meiste Zeit hat die internationale Gemeinschaft keine wirkliche Hilfe gewährt, obwohl 1,2 Millionen Tibeter ihr Leben verloren und die Überlebenden unter einem

brutalen kulturellen Genozid in Tibet leiden. Beharrliche und aufrichtige Versuche der tibetischen Führung, China zu friedlichen Verhandlungen über den Status Tibets zu bewegen, sind bis heute gescheitert. Dies ist prinzipiell auf vier Faktoren zurückzuführen: erstens ein erhebliches Machtungleichgewicht, zweitens die spürbar fehlende Motivation der Chinesen zu verhandeln, drittens der Totalitarismus des chinesischen Staatswesens zusammen mit der Gewaltanwendung, die den Konflikt eskalieren läßt, sowie viertens unzureichendes internationales Beharren auf Rechtsstaatlichkeit in Tibet.

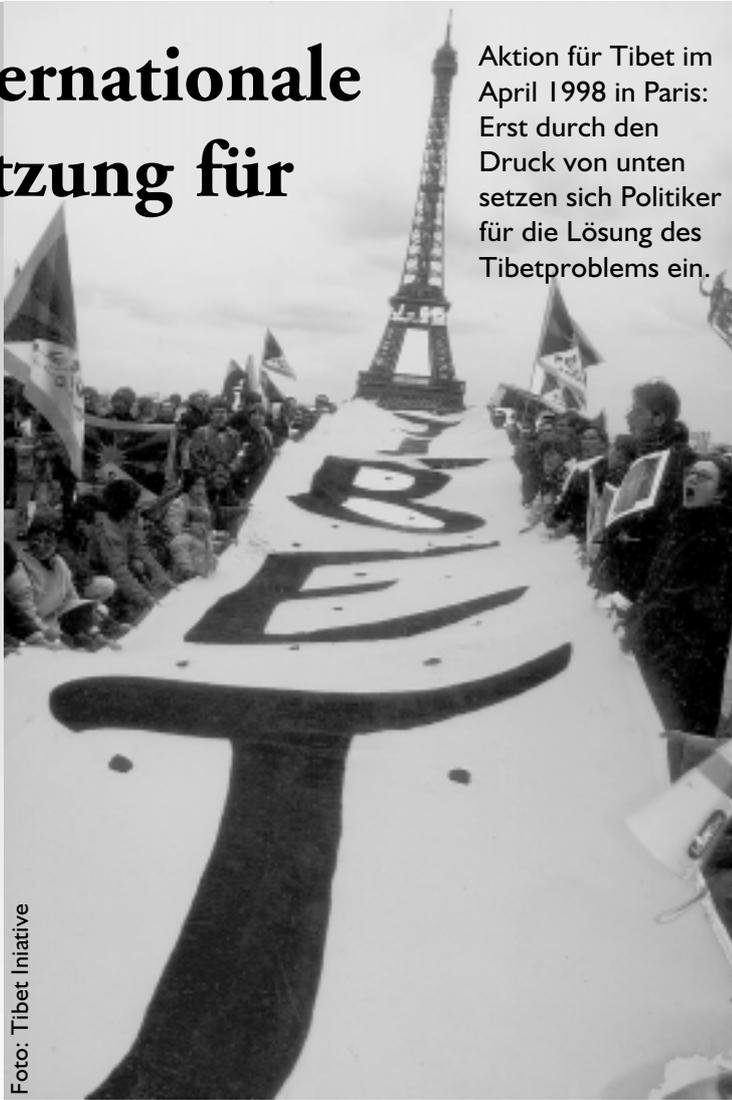
Erstens benachteiligt das Machtungleichgewicht zwischen Tibet und China, gemessen an konventionellen Maßstäben, das tibetische Volk: China, das bevölkerungsreichste Land der Welt mit 1,2 Milliarden Menschen, hat leichtes Spiel, wenn es darum geht, seine brutalen Militär- und Polizeikräfte

gegen eines der abgelegensten und am dünnsten besiedelten Länder mit einer Bevölkerung von weniger als sechs Millionen Menschen einzusetzen. Darüber hinaus führt das ökonomische Kräfteungleichgewicht zwischen beiden Seiten zu einem politischen Kräfteungleichgewicht. Auch wenn Tibet eines der spiritueller entwickeltesten Länder der Welt ist, hat es doch wenig zu bieten, um die internationale Geschäftswelt oder die politischen Kräfte, die die Interessen der internationalen Geschäftswelt vertreten, anzuziehen, besonders im Vergleich zu China, das über die weltweit größte sich entwickelnde Wirtschaft und einen Absatzmarkt für westliche Waren verfügt.

Hinzu kommt, daß China selbst unter den Ländern der südlichen Hemisphäre, von denen viele sich erst vor nicht allzu langer Zeit von der Kolonialherrschaft befreiten, gegenüber Tibet eine bevorzugte Stellung einnimmt,

Aktion für Tibet im April 1998 in Paris: Erst durch den Druck von unten setzen sich Politiker für die Lösung des Tibetproblems ein.

Foto: Tibet Initiative



auch aufgrund der finanziellen Hilfsprogramme Chinas und seiner starken Führungsrolle in der Gruppe 77 (einem Zusammenschluß von mehr als 130 Staaten der südlichen Hemisphäre innerhalb der Vereinten Nationen).

Zweitens erkennt China nicht, daß die Lösung des Tibet-Konflikts seine ureigenen Interessen an Sicherheit und Stabilität fördern würde, wodurch Pekings Motivation zu verhandeln untergraben wird. Die fortdauernde politische und religiöse Unterdrückung in Tibet schafft und nährt politische Instabilität und Konflikte. Zudem stellen die chinesischen Militärausgaben und speziell die Ausgaben für Sicherheit in Tibet einen erheblichen Kostenfaktor dar. Die Ausgaben im Wirtschaftsbereich bleiben im großen und ganzen unwirksam, da sie nicht den tibetischen

Bedürfnissen entgegenkommen und dem tibetischen Volk gegen seinen Willen aufgezwungen werden. Die daraus entstehende Armut und schlechte Gesundheit sowie der resultierende Analphabetismus und der Verlust der kulturellen Identität der Tibeter sind weitere destabilisierende Faktoren. Eine Verhandlungslösung, wie sie von S.H. dem Dalai Lama vorgeschlagen wurde, würde den Tibetern interne Selbstverwaltung gewähren, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Chinesen und Tibetern ermöglichen und somit die wirtschaftliche Entwicklung, kulturelle Identität und politische Stabilität fördern.

Drittens toleriert das totalitäre chinesische Regime keine abweichenden politischen Standpunkte und erstickt die Stimmen der Andersdenkenden. Es zwingt den Tibetern seinen Willen mit Gewalt auf, was zu einer Verhärtung des Konflikts führt und das Vertrauen in

eine zukünftige Zusammenarbeit beider Völker untergräbt. Viele Tibeter widersetzen sich heute den Plänen der tibetischen Regierung im Exil, die, statt die Unabhängigkeit zu fordern, lediglich Autonomieverhandlungen vorsehen.

Schließlich hat der Mangel an konsequenter und wirksamer internationaler Unterstützung für das Recht der Tibeter auf Selbstbestimmung unter internationalem Recht es ermöglicht, diesen schmerzhaften Status quo aufrechtzuerhalten. Das Selbstbestimmungsrecht, wie es in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben ist, ist das Recht eines Volkes, seinen eigenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Status zu bestimmen. (Ein Volk ist eine Gruppe von Menschen mit einer gemeinsamen geschichtlichen Tradition, rassischen oder ethnischen Identität, kulturellen Homogenität, linguistischen Einheit, religiösen Gemeinsamkeit und territorialen Verbindung). Die Ausübung dieses Rechts kann viele verschiedene Formen annehmen, die von der Unabhängigkeit über eine eingeschränkte Autonomie bis hin zur Integration in einen anderen Staat reichen. Während die Versammlung der Vereinten Nationen vor dem Beitritt Chinas wiederholt das Recht des tibetischen Volkes auf Selbstbestimmung anerkannt hat, hat sie es versäumt, die Tibeter in ihrem Streben, dieses grundlegende Recht auch umzusetzen, aktiv zu unterstützen.

Der Konflikt zwischen China und Tibet scheint der zur Zeit vorherrschenden Dynamik zwischen nicht-repräsentierten Völkern und Staaten zu folgen. Was Völker motiviert, gegen Staaten vorzugehen, ist der Verlust ihrer Würde, der Menschenrechte und kulturellen Identität als Ergebnis einer Unterdrückung durch den Staat. Anstatt auf die Bedürfnisse der Menschen einzugehen, reagieren die Staaten auf die empfundene Bedrohung ihrer Souveränität mit dem Einsatz ihrer Militärmacht. Dieses wiederum läßt Stimmen des Widerstandes und die Forderung nach Reformen in absolute Forderungen nach Unabhängigkeit münden. Typischerweise zeigt die internationale Staatengemeinschaft wenig

Motivation einzuschreiten. Solche Konflikte werden als interne Auseinandersetzungen bezeichnet, und es wird darauf bestanden, daß die internationale Staatengemeinschaft keine Gerichtsbarkeit besäße. Darüber hinaus stellen die Staaten die Souveränität eines anderen Staates ungerne in Frage, da sie befürchten, daß ihre eigene Handlungsweise gegenüber nicht-repräsentierten Völkern innerhalb ihres Staatsgebietes genauer Prüfung unterzogen würde. Sie glauben, daß ihre eigene Sicherheit gefördert werde, indem sie die Praktiken anderer Staaten nicht in Frage stellen.

Die internationale Tolerierung gravierender Menschenrechtsverletzungen und der Unterdrückung des Rechtes auf Selbstbestimmung weltweit führt oftmals entweder zu kultureller Vernichtung oder zur gewaltsamen Eskala-

„Völker wie die Tibeter, die sich weitgehend auf friedliche Mittel beschränken, sind für die Vereinten Nationen nicht existent.“

tion von Konflikten, zu Krieg, Flüchtlingsbewegungen, Terrorismus und anderen Formen der Gewalt. Leider hat oftmals ein Konflikt erst dann eine Chance, die internationale Aufmerksamkeit der Regierungen zu erregen, wenn er bis hin zur Gewalt eskaliert ist. Palästina beispielsweise hat die Aufmerksamkeit der Vereinten Nationen auf sich gezogen, zum Teil als Ergebnis einer gewalttätigen Terrorkampagne, die Palästinas diplomatische Bemühungen unterstützte. Trotz des Einsatzes terroristischer Taktik oder vielleicht gerade durch diesen Einsatz, wie manche sagen würden, erhielt Palästina die Unterstützung vieler Staaten und sogar offiziellen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen, der sehr schwer zu erlangen ist. Auf der anderen Seite sind Völker wie die Tibeter, die

sich weitgehend auf friedliche Mittel beschränken, für die Vereinten Nationen nicht existent. Nicht ein einziger Staat erkennt Tibets Recht auf Unabhängigkeit an. Kein einziger Staat ist willens, auch nur vorzuschlagen, daß Tibet den Beobachterstatus in den Vereinten Nationen erhalten solle, und die meisten stellen sich mit Blick auf ihre eigenen Wirtschaftsinteressen auf den Standpunkt, Tibet sei Teil Chinas. Dennoch sind die gesetzlichen Rechte der Tibeter keineswegs weniger wert als die des palästinensischen Volkes. (Siehe: „Der Fall Tibet: Tibets Souveränität und das Recht des tibetischen Volkes auf Selbstbestimmung“ (1998), International Committee of Lawyers for Tibet).

Das gegenwärtige politische Verhalten belohnt somit indirekt grobe Verletzungen internationalen Rechts wie Entführungen und andere Formen des Terrorismus, indem es die Aufmerksamkeit auf gewalttätige Konflikte lenkt und zu ihrer Lösung beiträgt. Andererseits entmutigt die internationale Gemeinschaft wirkungsvoll den friedlichen Widerstand, indem sie ihn weitgehend ignoriert. Im Falle Tibets war und ist es immer noch fast unmöglich, Diplomaten und Politiker der Vereinten Nationen oder einzelner Landeshauptstädte zu bewegen, in einen Dialog über das gesetzliche Recht der Tibeter auf Selbstbestimmung einzutreten. Diplomaten und Experten in den Vereinten Nationen schleichen auf Zehenspitzen sogar um handfeste, bewiesene, fundamentale Menschenrechtsverletzungen herum, aus Angst China zu verärgern.

Die Tragik dieses Verhaltens besteht nicht nur darin, daß es Millionen Tibeter während der letzten vier Jahrzehnte verletzt hat, sondern auch darin, daß es Gewalt belohnt und friedlichen Widerstand vereitelt und behindert. Dadurch wird die internationale Rechtsstaatlichkeit untergraben. Dies widerspricht in der Tat dem eigentlichen Zweck der Vereinten Nationen, die gemäß ihrer Charta geschaffen wurden, „um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln, die auf dem Respekt vor dem

Prinzip der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung beruhen.“ Die Charta sowie Verträge und Erklärungen der Vereinten Nationen, auf denen unser gegenwärtiges internationales Recht beruht, fördern den Frieden, die Sicherheit und internationale Harmonie und wurden geschaffen, um alle Menschen vor Verletzungen der Menschenrechte zu schützen. Diese internationalen Gesetze, die als Reaktion auf die Greuel des Holocaust erlassen wurden, definieren die Menschenrechte und machen Menschenrechtsverletzungen, wo auch immer sie begangen werden, zu einer internationalen Angelegenheit. Sie schaffen somit ein System internationaler Normen und Standards, an die sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen halten müssen.

Vor der Gründung der Vereinten Nationen waren Menschenrechtsverletzungen auf individueller Ebene eine innere Angelegenheit in der Gerichtsbarkeit der einzelnen Staaten. Der bloße Erlaß der internationalen Gesetze bedeutete eine Anerkennung unseres universellen Bedürfnisses nach menschlicher Würde und Sicherheit. Dieses Rechtskonzept ist erst 50 Jahre alt. Die Menschenrechtsgesetzgebung der Vereinten Nationen erkennt an, daß wir als Menschen gegenseitig voneinander abhängig sind, daß das Leiden jedes einzelnen uns alle betrifft und daß die Überwindung der Menschenrechtsverletzungen in einem Teil der Welt wichtig für das Wohlergehen aller ist.

Das Verhalten der internationalen Gemeinschaft heute spiegelt jedoch nicht das einsichtsvolle Verständnis wider, das zur Gründung der Vereinten Nationen führte. Es ist eher so, daß die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen sich durchweg widersetzt haben, die internationale Menschenrechtsge-

setzgebung auch umzusetzen. Die Regierungen haben es vermieden, sich gegenseitig zu kritisieren, in der Hoffnung, daß dies wiederum sie selbst vor Anschuldigungen schützen würde. Die Konzepte unserer internationalen Rechtsschemata sind ihrer Zeit weit voraus, während ihre Inkraftsetzung von Eigeninteressen der Staatsregierun-

hen. Die moralische Kraft und Entschlossenheit dieser internationalen Bewegung waren so stark, daß Staaten gezwungen waren, darauf zu reagieren. Durch wirtschaftliche und politische Instrumente brachten sie das südafrikanische Regime dazu, sich an internationales Recht zu binden. Das Ergebnis in Südafrika ist nur ein Beispiel für die



Foto: Helmut Steckel

Die internationale Gemeinschaft entmutigt den friedlichen Widerstand eines Volkes, indem sie ihn einfach ignoriert.



Die Charta der Vereinten Nationen und die darauf beruhenden internationalen Rechte machen Menschenrechtsverletzungen, wo auch immer sie begangen werden, zu einer internationalen Angelegenheit.

gen verhindert wird. Diese Zweiteilung erklärt, warum nicht-repräsentierte Völker, die keine gewalttätigen Mittel einsetzen, so wenig internationale Unterstützung der Regierungen erhalten.

Wie also sieht der Weg hin zu einer zivilisierteren Welt aus, die von Gesetzen und nicht von Gewalt kontrolliert wird? Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, daß die von einer zivilen Gesellschaft vorgebrachten Forderungen, wenn sie wirkungsvoll artikuliert werden, fundamentale Veränderungen hervorbringen können. Die Apartheid in Südafrika beispielsweise wurde überwunden, weil Menschen auf der ganzen Welt ihrer Empörung durch fort-dauernde lokale und nationale Aktionen auf Bürgerebene Ausdruck verlie-

neue Diplomatie, die sich am Ende des 20. Jahrhunderts entwickelt hat und bei der Sprecher von Interessengruppen, die mit fortschrittlichen Politikern zusammenarbeiten, zur stärksten Kraft des Wandels geworden sind.

Die Herausforderung für die Menschen besteht heutzutage darin, eine Weltkultur des Friedens zu schaffen, eine Kultur, die auf Toleranz gegründet ist, auf Mitgefühl und gewaltloser Konfliktlösung. Solch eine Kultur würde das praktizieren, was in den internationalen Menschenrechtsgesetzen bereits kodifiziert ist. Sie würde die individuellen Menschenrechte schützen und erweitern, einschließlich der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und ökologischen Rechte. Es

wäre eine Kultur, in der Sicherheit neu definiert wird, im Sinne von menschlichen und ökologischen Bedürfnissen, statt im militärischen Sinn. Konflikte würden durch Verhandlung und Vermittlung gelöst, nicht durch Krieg. Während Skeptiker sagen mögen, daß eine solche Veränderung unmöglich sei, sind die Befürworter des Wandels



Foto: Privat

Eva Herzer ist Rechtsanwältin und Mediatorin in der San Francisco Bay Area. Sie ist Vorsitzende des „International Law Committee of the National Association of Women Lawyers“ (USA). Sie ist Gründungsmitglied des „International Committee of Lawyers for Tibet“ und führte von 1995-1998 dessen Vorsitz.

der Ansicht, daß es sich um einen stufenweisen positiven Weg zur Inkraftsetzung von internationalem Recht handelt.

Im Mai diesen Jahres versammelten sich 9000 Menschen aus 100 Ländern in Den Haag anlässlich des Haager Aufrufs zum Frieden, der größten Friedenskonferenz, die je stattgefunden hat. Zum hundertjährigen Bestehen der Haager Friedenskonferenz von 1899, die das Fundament zur Schaffung der Liga der Nationen, dem Vorläufer der Vereinten Nationen, bildete, war es das Ziel der Konferenz, die Haager Agenda für Frieden und Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert zu verabschieden, einen Entwurf für den Weltfrieden. Die Haager Agenda zielt

darauf ab, Friedensinitiativen aktiv zu fördern. Das Bemühen, die Öffentlichkeit in die internationale Friedensschaffung einzubinden, ist der Schlüssel zu einer friedlichen Lösung der schwierigsten Konflikte, die es zur Zeit gibt.

Die tibetische Freiheits- und Unterstützungsbewegung ist, auch wenn sie ihre Ziele noch nicht erreicht hat, ein hervorragendes Beispiel dafür, wie eine Angelegenheit quasi aus dem Nichts auf die Weltagenda gehoben werden kann. Bis in die späten achtziger Jahre hinein wurde die Tragödie Tibets in den Hauptstädten der Welt praktisch nicht diskutiert. Die Medien bewahrten größtenteils Stillschweigen. Heute jedoch, als Ergebnis von Initiativen vieler Menschen ist die tibetische Freiheitsbewegung größer, lebendiger und stärker als je zuvor. Menschen auf der ganzen Welt haben sich in über 400 Tibet-Unterstützungsgruppen in mehr als 60 Ländern organisiert. In den Vereinigten Staaten sind zudem spezialisierte Organisationen beheimatet, wie das „Internationale Komitee der Anwälte für Tibet“ sowie 50 weitere Unterstutzungsgruppen, wie die „International Campaign for Tibet“ mit 30.000 Mitgliedern. Jugendorganisationen für Tibet schießen wie Pilze aus dem Boden. In nur fünf Jahren hat die Organisation „Studenten für ein freies Tibet“ in 300 Universitäten der Vereinigten Staaten Unterstutzungsgruppen gegründet. Tausende Menschen ließen sich motivieren, sich der Tibetbewegung anzuschließen und ihre politischen Repräsentanten davon zu überzeugen, China zu einer gewaltlosen Verhandlungslösung des Tibetproblems zu drängen.

Während der letzten zehn Jahre haben der US Kongreß sowie das Europäische Parlament mehr als ein Dutzend Resolutionen verabschiedet, in denen China dringend aufgefordert wird, einen politischen Richtungswechsel in Tibet zu vollziehen. Der US Kongreß erklärte Tibet zu einem besetzten Land, dessen rechtmäßiges Staatsoberhaupt der Dalai Lama ist. Der öffentliche Aufschrei über die andauernde Kolonialisierung und Unterdrückung Tibets ist so laut geworden, daß die Regierung der Vereinigten

Staaten vor einem Jahr einen auf hoher Ebene agierenden Koordinator für Tibet im Außenministerium ernannte. Sogar der Präsident der Vereinigten Staaten nimmt sich der Tibetfrage an.

Dennoch ist die öffentliche Forderung nach einer wirksamen Intervention auf Staatsebene noch nicht stark genug. Für China hat es kaum Konsequenzen, wenn es sein brutales Handeln in Tibet fortsetzt. Die Geschäfte laufen unbeeinträchtigt weiter. Dabei sollten die Regierungschefs bedenken, daß die Geschäftswelt auf Regierungsmaßnahmen beruht. Auf der anderen Seite haben die zivilen Gesellschaften weltweit bisher nicht das politische Klima geschaffen, in dem die Einhaltung der Menschenrechte zur Bedingung für normale, politische und wirtschaftliche internationale Beziehungen gemacht wird. Die Herausforderung für das nächste Jahrtausend besteht darin, ein politisches Klima zu schaffen, in dem die Menschenrechte nicht nur wichtig, sondern beherrschend sind. Dies wäre ein Quantensprung in der Forderung der zivilen Gesellschaften nach Rechtsstaatlichkeit.

Die internationale Unterstützung ist unentbehrlich, da die Opfer von Menschenrechtsverletzungen zumeist Menschen sind, die zu den verletzlichsten gehören, die an den Rand gedrängt sind und nicht die Kraft haben, Veränderungen zu bewirken. In dieser miteinander verwobenen Welt hat jeder die Gelegenheit, wenn nicht sogar die moralische Verantwortung, für diejenigen zu sprechen, die dies nicht können. Wir können die politischen Bedingungen schaffen, Politiker bevollmächtigen, auf Einhaltung der internationalen Menschenrechtsgesetze zu bestehen. Ob nicht-repräsentierte Völker die Chance haben, ihre Probleme friedlich zu lösen und ihre einzigartigen Kulturen zu erhalten, liegt in unseren Händen. Mit unserem beharrlichen, koordinierten und entschlossenen Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird sich die Herrschaft des Rechts gegenüber der Herrschaft der Gewalt durchsetzen.

Aus dem Englischen von Antje Becker.